

Eine Pro- und Contra-Liste

Die Hoffnung auf Vereinigung: eine Entscheidung zwischen viel Glanz und Elend

mr. – „Meine Damen und Herren, dies ist ein guter Tag für Deutschland und ein glücklicher Tag für mich persönlich“ (Helmut Kohl, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 13.2.1990 / chronik-der-mauer.de). Mit diesen Worten verkündet der Bundeskanzler seinen Erfolg nach dem Treffen mit Michail Gorbatschow zu Ende der zweiten Februarwoche 1990 in Moskau. Was macht ihn so glücklich? Mit der sowjetischen Zustimmung für die deutsche Einheit können alle Vorbereitungen für die Vereinigung beider deutscher Staaten offiziell in Gange gesetzt werden. Ist damit die deutsche Frage beantwortet? Nein, noch lange nicht! „Es liegt jetzt an uns Deutschen in der Bundesrepublik und in der DDR, daß wir diesen gemeinsamen Weg mit Augenmaß und Entschlossenheit gehen“ (ebd.). Und gerade auf diesem Punkt sind sich noch nicht alle einig, was sich in der Öffentlichkeit widerspiegelt. Ob Politik, Sport oder Kultur, in den Zeitungen aus Ost und West findet man zahlreiche Töne der Einheit, aber auch der Skepsis. Was spricht für die Bundesrepublik und was gegen die DDR? Nach Ulrich Briefs sollten sich DDR-Bürger gerade diese Frage andersrum stellen, bevor sie die Politik des Westens befolgen. „Die politische Öffentlichkeit in der DDR sieht derzeit auf die BRD wie das sprichwörtliche Kaninchen auf die Schlange. [...] Sicher: In der BRD gibt es Glanz, viel Glanz. Aber wo viel Licht und Glanz sind, ist auch viel Schatten“ (BZ, 8.2.1990). Mit drei Spalten ist Briefs Beitrag der größte Artikel auf der vierten Seite der *Berliner Zeitung*. Dies unterstreicht die Relevanz dieser Frage in der öffentlichen Diskussion rund um ein vereinigtes Deutschland. Sein Appell lautet: Vorsicht ist geboten, denn „auf den zweiten oder dritten Blick“ hat Westdeutschland viele Nachteile. Unsere Pro- und Contra-Liste fängt also mit den negativen, im Schatten liegenden Seiten des anziehenden ökonomischen Glanzes des Westens:

Die Argumente gegen die Bundesrepublik lassen sich, folgt man den Medien, in drei thematische Hauptpunkte untergliedern: Ökonomie, Umwelt und Soziales. Aus ökonomischer Sicht stehe dem Produktivitätswachstum im Westen auch „eine wachsende Armut gegenüber“. Die Fakten: Jede zehnte Person lebe unter der Armutsgrenze, Tendenz steigend. Unter den über drei Millionen Arbeitslosen befinden sich ca. 130.000 Aus- und Übersiedler – nahezu die Hälfte der erwerbstätigen DDR-Abwanderer (*Die Zeit*, 2.2.1990) – und etwa zwei Drittel der Beschäftigten waren in den letzten 15 Jahren zumindest einmal arbeitslos. Die Sozialhilfe sei hierbei „nicht einmal für die Anmietung einer Dreizimmerwohnung in Ballungsgebieten wie Frankfurt oder Düsseldorf“ ausreichend (BZ, 8.2.1990). Auch aus ökologischer Sicht scheint der kapitalistische Westen nicht so attraktiv zu sein wie zuerst angenommen. „Sicher: Wir haben in der BRD nicht so sehr das Problem des Massenausstoßes von umweltschädigenden Stoffen wie in der DDR. Die ökologische Gesamtsituation ist jedoch in der BRD insofern brisanter, weil die BRD ‚moderner‘ ist“ (ebd.). Selbstverständlich! Je mehr Atomkraftwerke, desto höher ist das Risiko eines GAUs. Auch die wachsende Industrie führt zur Umweltverschmutzung und Zerstörung idyllischer Landschaften, „Der Rhein, die Nord- und Ostsee sind inzwischen tot oder so gut wie tot. Und an der Rheinvergiftung kann nun die DDR wirklich nicht schuld sein! Wir haben kaputte Wälder, versäuerte Böden. Im Ruhrgebiet, an der Rheinschiene und in anderen Teilen der Republik haben wir genauso Smog wie in Jena oder Bitterfeld“ (ebd.). Das würde aus persönlicher Sicht die Einsatzmöglichkeiten der neuen östlichen Umweltbewegungen im Westen erweitern. Es gibt allerdings weitere Probleme: Gesundheitlich leiden auch in der Bundesrepublik immer mehr Kinder unter Pseudokrapp sowie Fabrikarbeiter unter so genannten ‚Managerkrankheiten‘. Es ist erkennbar, Produktivitätswachstum und Rationalisierung haben einen hohen Preis. Der dritte Punkt unserer Contra-Liste trägt den Titel „Partizipation & Soziales“: Laut der ersten bundesweiten Umfrage über die Erfahrung von Arbeitgebern mit Übersiedlern ist die Mehrheit der Unternehmer mit der Qualifikation und Leistung ihrer DDR-Mitarbeiter nicht zufrieden,

was den Einstieg der Übersiedler ins Berufsleben schwerer gestaltet als erwartet (*Die Zeit*, 2.2.1990). Wer außerdem gedacht hat, in westdeutschen Unternehmen werde Demokratie groß geschrieben, liegt laut Ulrich Briefs Anmerkungen auch falsch. Nicht nur das Streikrecht, sondern auch das Mitspracherecht der Betriebsräte sei noch sehr eingeschränkt: „Es gibt Lügen, infame Lügen und Bilanzen, und das nicht zufällig! Kein Produktionsplan oder Investitionsplan in der gesamten BRD wird in der Belegschaft diskutiert und von einer demokratisch gewählten Interessenvertretung mitentschieden [...] Untergang, Sozialabbau, wie seit Jahren in der BRD praktiziert, wird auf der Tagesordnung eines eventuell wiedervereinigten Deutschlands stehen“ (BZ, 8.2.1990).

Nach solch pessimistischen Aussichten bleiben nur die Fragen übrig: Was erhoffen sich DDR-Bürger von einer Wiedervereinigung? Ist der Glanz der Bundesrepublik auf den ersten Blick so strahlend oder die Not im eigenen System so groß, dass solchen Contras keine wirklich schwerwiegende Bedeutung zugeschrieben wird? Ein ebenso großer Artikel – diesmal in der westlichen Presse auf Seite sechs – scheint eine nachvollziehbare Antwort darauf zu geben: Die Journalisten Marlies Menge berichtet anhand einer Reportage über das Leben der Bürger und die aktuelle Lage in Dresden. Ihr Titel lautet: „Zuwenig Kraft für zu viel Elend“, ihre Botschaft: „Immer mehr Bürger resignieren“ (*Die Zeit*, 2.2.1990). Richtig! Aus der Idee einer Pro- und Contra-Liste, die mit einer erfreulichen Verkündung des Bundeskanzlers anfangt, wird eine doppelte Contra-Liste, die den Alltag der Bürger hinter den politischen Entscheidungen behandelt. Aber was genau spricht gegen eine neue DDR?

Die Argumente dagegen lassen sich ebenso in drei thematische Hauptpunkte untergliedern: Knappheit, Erhaltung vorheriger Machtstrukturen und Umwelt. ‚Mangel‘ ist ein durchaus bekanntes Stichwort in Bezug auf die Planwirtschaft der DDR. Nach der Wende und kurz vor der Vereinigung Deutschlands mangelt es dort allerdings nicht nur an Lebensmitteln und Produkten des täglichen Bedarfs, sondern nun auch an Arbeitskräften. Die Massenübersiedlung hat sichtbare Lücken in den Städten hinterlassen. „Der Fleischer an der Ecke [...], sein Laden sei nur noch von dienstags bis donnerstags geöffnet, weil er niemanden zum Verkaufen habe. Beim Bäcker hing ein Schild im Fenster: ‚Wegen Arbeitskräftemangel nur vormittags Verkauf‘. [...] Erst vor einem Jahr hatte ein Händler das Geschäft aus privater Hand übernommen. Der neue Besitzer resigniert. Er geht in den Westen. [...] Die Gaslaternen brennen Tag und Nacht, weil niemand mehr da ist, sie zu löschen“ (ebd.). Einige Bürger verlieren nicht die Hoffnung und möchten sich für die Reaktivierung der Stadt einsetzen. Allerdings liegen noch zahlreiche Entscheidungen und die Führung von Bürgerinitiativen in der Hand von SED-Mitgliedern. Dies schreckte auch viele ab. In Bezug auf die Umwelt ist es kein Geheimnis, dass die Werte der Luftbelastung weit über der gesetzlichen Grenze liegen. Das Trinkwasser ist an mehreren Stellen der Stadt fast unzumutbar und das Grundwasser wird von „ungeschützten Müllplätzen“ verschmutzt. Auf solch elende Zustände reagieren die DDR-Bürger resigniert, aber eine letzte Hoffnung haben sie noch. Das hat Menge bei ihrem Besuch in Dresden erkannt: „Das Heil wird aus dem Westen erwartet, gleichgültig, um welche Art Heil es sich handelt“ (ebd.). Der westdeutsche Kolumnist Josef Joffe kann dem nur zustimmen: „Bislang konnte man glauben, daß massive Geldinfusionen plus freie Wahlen die Massenauswanderung bremsen könnten, heute aber droht nicht bloß die Entvölkerung, sondern der Kollaps der DDR. [...] Die DDR schreit also geradezu nach ‚Übernahme‘, beileibe nicht im Überschwang des Neo-Nationalismus, sondern im Sog der schieren Not“ (SZ, 10./11.2.1990). Unter welchen Umständen auch immer, die Rufe auf den Großdemonstrationen „Deutschland - einig Vaterland“ und „Wir sind ein Volk“, die die Revolution geprägt haben, können ab dieser Woche Realität werden. Es ist jetzt nur noch eine Frage der Form.

Quellen:

<http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse>; <http://www.chronik-der-mauer.de>; Die Zeit, Süddeutsche Zeitung (RUB-Mikrofilm).